

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Wagners: Kewall. d. Post. A. L. 20. Einzel. 10. 3. Wochens. 30. 3. Zustellungsgeb.; d. W. Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig, Zert. 10. 1. 40. Einzel. 20. 3. Wochens. 10. 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. 50. 3. Gewalt. Millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabsluß Nachsl. nach Preisliste. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold.

Nummer 43

Altensteig, Freitag, den 21. Februar 1936

58. Jahrgang

Deutscher Protest in Bern

Bern, 20. Febr. Der deutsche Gesandte in Bern ist beauftragt worden, der schweizerischen Regierung eine Note zu übermitteln, in der nachdrücklich Protest gegen den Beschluß des Bundesrates erhoben wird, der eine Landesleitung und Kreisleitungen der NSDAP in der Schweiz unterjocht.

Die deutsche Note weist die Unzulässigkeit des schweizerischen Vorgehens nach und wendet sich gegen die in diesem Vorgehen liegende politische Demonstration. Sie spricht die Erwartung aus, daß der Beschluß des Bundesrates rückgängig gemacht wird.

Stundengebungen in der Schweiz

Bern, 20. Febr. In Bern fand am Dienstag abend eine Protestversammlung gegen die „nationalsozialistischen Umtriebe“ in der Schweiz statt, die von den Sozialdemokraten und dem Gewerkschaftsverband einberufen worden war. Kennzeichnend für die Tendenz der Versammlung war die Behauptung des Nationalrats Robert Grimm, die deutschen Auslandsorganisationen seien das Instrument der Expansionspolitik des gegenwärtigen deutschen Regimes. Die Schweizer Sozialdemokratie werde weiterkämpfen für die Auflösung sämtlicher faschistischen und nationalsozialistischen Organisationen auf Schweizer Boden. In einer von der Versammlung angenommenen Entschließung wird das sofortige Verbot aller nationalsozialistischen und faschistischen Organisationen von Ausländern in der Schweiz gefordert. Dasselbe geschah durch eine im Volkshaus von Zürich stattgefundenen sozialdemokratischen Kundgebung.

Hochverräterische Pläne von Kommunisten und kath. Jugendverband

Umfangreiche Verhaftungen

Berlin, 20. Febr. Im Rheinland und Westfalen löst zur Zeit durch die geheime Staatspolizei eine polizeiliche Aktion mit dem Ziele, die Zusammenarbeit zwischen einem katholischen Jungmännerverband sowie der illegalen kommunistischen Organisation Deutschlands aufzudecken und das gemeinsam geplante hochverräterische Unternehmen zu unterbinden. Im Verlaufe dieser Aktion wurden bis jetzt 7 kommunistische Führer, 10 Geistliche und 45 Laienbrüder des katholischen Jungmännerverbandes festgenommen.

Dieser Vorgang zeigt, zu welchen Mitteln man greift, um gegen die nationalsozialistische Bewegung zu arbeiten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen gewissen Teilen katholischer Verbände und illegalen kommunistischen Organisationen ist erwiesen und erst vor einigen Tagen ein Kaplan wegen Verteilung kommunistischer Flugblätter verurteilt worden. Große katholische Tageszeitungen des Auslandes empfehlen eine Zusammenarbeit zwischen der katholischen Kirche und den Kommunisten gegen den Nationalsozialismus. Daß katholische Kreise und besonders Geistliche darauf hereinfallen, ist ein ganz besonders trauriges Zeichen der Verirrung. Alle aufrechten Deutschen katholischen Bekenntnisses werden mit uns in der entschiedenen Verurteilung der hochverräterischen Pläne einig gehen.

Einweihung der neuen Heeres-Veterinär-Akademie

Hannover, 20. Febr. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Ausstellung der neuen deutschen Wehrmacht durch den Führer und Reichslanzler im März 1935 hat es ermöglicht, auch die Heeres-Veterinär-Akademie wieder zu errichten, die durch den Versailles Vertrag nach 70-jährigem Bestehen in Berlin zu Grabe getragen werden mußte. Sie ist nun in Hannover neu errichtet und wurde am Donnerstag mittag im Beisein zahlreicher Vertreter des Reichsriegsministeriums, des Reichskulturministeriums sowie vieler hervorragender Veterinärwissenschaftler aus Berlin und dem Reich feierlich eingeweiht.

Zunahme der Kälte im europäischen Rußland

Moskau, 20. Febr. In den letzten Tagen nahm die Kälte im europäischen Rußland erneut zu. Am Mittwoch wurden in Moskau 25 Grad, in Leningrad 20 Grad und in Saratow 28 Grad Kälte gemessen. Durch Zufrieren des sonst eisfreien Kolaer Meeresbusens konnten vier Sowjetdampfer nicht in der Gasse von Murmansk einlaufen.

Sicherstellung des Führernachwuchses der Partei

Beginn der Ausmusterung am heutigen Freitag in Köln

Berlin, 20. Februar. Das Pressereferat des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley teilt mit: „Am heutigen Freitag beginnt in Köln eine Aktion der nationalsozialistischen Bewegung, die den Auftakt für eine entscheidende Sicherstellung des Führernachwuchses der Partei bildet und in den nächsten Wochen ihre planmäßige Fortsetzung in allen anderen Gaue des Reiches finden wird. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Reichsleiter der DAF, Dr. Ley, der für Idee und Ausführung dieser Maßnahme dem Führer verantwortlich zeichnet, wird an der Spitze einer Kommission Freitagvormittag 10 Uhr im Kölner Gauhaus der NSDAP mit der Ausmusterung jener Männer beginnen, die demnächst die drei neu errichteten Burgen der NSDAP, „Bogelhang“, „Gröfensee“ und „Sonthofen“ für die Mindestdauer eines Jahres beziehen, um dort eine durchgreifende Ausbildung für ihren späteren verantwortungsvollen Wirkungskreis in der nationalsozialistischen Bewegung zu erhalten.“

Der von Dr. Ley geführten Kommission, der Staatsrat P. Schmeer, ferner P. Karrenbach, der Leiter des Hauptpersonalamtes der Reichsorganisationsleitung der NSDAP, Dr. med. Stred vom Hauptamt für Volksgesundheit und ein Beauftragter des Schachamtes der DAF angehören, werden sich Freitag im Kölner Gauhaus 30 Parteigenossen im Alter von 25-30 Jahren zur Ausmusterung stellen. Sie haben bereits eine erste ärztliche Untersuchung hinter sich und erfüllen im übrigen alle für diese Auslese vorgesehenen Bedingungen. Sie müssen die Hitlerjugend, den Arbeitsdienst und die Wehrmacht absolviert und sich in

einer Parteigliederung entweder als Politischer Leiter, SA- oder SS-Mann betätigt haben. Auch ihre rassistische Eignung wird selbstverständlich entsprechende Beurteilung erfahren.

Die in allen Gaue Deutschlands ausgemusterten ersten 500 Mann werden am 1. Mai dieses Jahres auf der Burg „Bogelhang“ in der Eifel einrücken. Hier soll ihnen nach einem bis in alle Einzelheiten festgelegten Plan eine weltanschauliche, körperlich-sportliche und überhaupt allen Aufgaben, die das Leben später an sie stellen wird, gerecht werdende Ausbildung zuteil werden. Sie sollen durch eine ausgewählte Erzieherschaft die beste Lebensschulung erhalten, die Menschen überhaupt Menschen zu bieten vermögen. Hierüber werden zu gegebener Zeit der Öffentlichkeit weitere Mitteilungen gemacht werden.

Nach Abschluß der auf Burgen der NSDAP absolvierten Zeit werden diese Männer als hauptamtliche Kräfte der Partei Verwendung finden. Ihr fernerer Lebensweg steht nunmehr unabänderlich fest. Wo sich etwa ein Verlangen gezeigt haben sollte, wird die Ausschreibung aus jenem Kreis, der im engersten Sinne des Begriffes als eine verschworene Gemeinschaft bezeichnet werden kann, im rechten Zeitpunkt erfolgen. Diejenigen aber, die sich erfolgreich allen ihnen auferlegten, wahrlich nicht leichten Prüfungen gewachsen zeigten, haben und bieten die Gewähr, als Glieder des Führercorps der nationalsozialistischen Bewegung und zum Segen des ganzen deutschen Volkes eingesetzt zu werden.“

Das deutsche Kreditabkommen von 1936

Förderung des Reiseverkehrs

Berlin, 20. Febr. Die diesjährige Stillhaltekonferenz wurde am 20. Februar in Berlin nach einer Dauer von 11 Tagen beendet. Es wurde wiederum zwischen dem deutschen Ausschuss und den ausländischen Gläubigerkomitees unter Mitwirkung der Reichsbank und der Deutschen Golddiskontbank ein neuer Vertrag über die Aufrechterhaltung ausländischer Bankkredite an die deutsche Wirtschaft vereinbart. Auch dieser Vertrag läuft wieder ein Jahr, d. h. vom 1. März 1936 bis zum 28. Februar 1937 und umfaßt alle Länder, die an dem jetzt ablaufenden Abkommen beteiligt waren mit Ausnahme von Italien, an das zu keiner Zeit erhebliche Forderungen zur Erledigung gelangt sind.

Das Kreditabkommen, das bei Inkrafttreten des deutschen Kreditabkommens von 1935 noch mit etwa 1,75 Milliarden RM in Anspruch genommen war, weiß eine weitere Verminderung auf um einen Betrag, der bis Ende Februar 1936 annähernd 400 Millionen RM erreichen dürfte. Zu diesem Ergebnis trugen überwiegend die Abrufe von Registermarkt bei, die bekanntlich vorwiegend für Reisezwecke Verwendung gefunden haben.

Da die Verwendung der Registermarkt für Reisezwecke sich als besonders wirkungsvoll in Richtung einer Verminderung der Stillhaltungskredite ausgewirkt hat, so bestand eine der Aufgaben der Konferenz darin, durch förmliche Schaffung einer „Reisemarkt“ einen verstärkten Ausbau dieser Einrichtung zu schaffen.

In diesem Sinne unterscheidet das neue Kreditabkommen zwischen der Registermarkt, die entsteht, wenn ein Gläubiger seine auf fremder Währung beruhende Forderung als Reichsmark abruft und den Reisemarkt, die aus den Registermarktkonten gespeist werden und nur für Reisezwecke im Rahmen der Bestimmungen der Reichsbank benutzt werden dürfen. Auf der Konferenz ist von den ausländischen Gläubigern ein besonderer Reisemarkt-Ausschuss ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, für den Reiseverkehr in Deutschland Propaganda

zu machen. Diese Bestrebungen werden von deutscher Seite gern unterstützt werden.

An dem leitenden Grundsatz des Kreditabkommens, die Kreditlinien aufrecht zu erhalten, ist festgehalten worden, soweit es sich nicht um einige wenige Linien handelt, die sich für die praktische Benutzung als nicht mehr verwendbar erwiesen haben, was dadurch festgestellt werden kann, daß diese Kredite seit mehreren Jahren unbenutzt sind. Während Bank- und Bankkredite immer wieder benutzbar gemacht werden können, weil sie von den vertriebsstärksten Kunden der deutschen Banken in Anspruch genommen werden, können Direktkredite, die seit Jahren nicht mehr benutzt werden, als unbenutzbar angesehen werden. Diese Kredite können nun endgültig gestrichen werden, soweit sie drei Jahre unbenutzt geblieben sind; soweit sie zwei Jahre unbenutzt sind, zum überwiegenden Teil nur insoweit, als der Gläubiger die Golddiskontbank von einem entsprechenden Teil der bekannten Garantie freistellt. Zahlungen auf Grund dieser von der deutschen Wirtschaft gebotenen Garantien der Deutschen Golddiskontbank bleiben auch im neuen Abkommen aufrechterhalten. Sie betragen zur Zeit noch rund 130 Millionen RM.

Das vergangene Jahr hat in einigen Ländern des genannten Goldblocks wiederholt nicht unerhebliche Schwankungen der Diskontsätze hervorgerufen. Die seit Jahren eingeführte gleichförmige Zinsregelung für die verschiedenen Arten von Stillhaltungskrediten wurde dadurch einer gewissen Belastungsprobe ausgesetzt, so daß die deutschen Vertreter auf der Konferenz sich dringlichen Wünschen der Gläubiger auf Erhöhung dieser Zinsätze gegenübersehen, die jedoch angesichts der deutschen Devisenlage nicht erfüllbar waren. Die Gläubiger haben sich den deutschen Darlegungen in dieser Hinsicht nicht verschlossen, so daß die bisherige Tendenz einer gleichmäßigen und nicht zu hohen Verzinsung unverändert geblieben ist.

Unter zahlreichen Einzelheiten, wie sie in solchen Abkommen gerade in der fortschreitenden Abwicklung als mehr oder weniger schwierige Probleme bestehen, befindet sich auch die Frage derjenigen Auslandskredite, die vom Gläubiger in anderer als der Landeswährung nach dem Ausland gewährt wurden, z. B. französische Francs oder Dollarkredite durch englische Banken. Die deutschen Schuldner sollten sich der Umwandlung solcher Kredite in die Landeswährung des Gläubigers nicht entziehen, ganz besonders in den hierbei überwiegenden Fällen der englischen Gläubiger, wo die Umwandlung der Währung eine ernsthafte Zinsverbilligung und Dividendenparnis mit sich bringt.

Die Verhandlungen waren wiederum vom Geist gegenseitigen Vertrauens und des Verständnisses für die dem Problem zugrunde liegenden wirtschaftlichen Tatsachen und Erfordernisse getragen.

Sie erfahren alles

wissenswertes, wenn Sie die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ lesen. Bestellen Sie dieselbe deshalb sofort bei dem Postboten, dem Zeitungsanstrenger oder in der Schriftleitung unseres Blattes.

Hartnäckige Verweigerung des Hitler-Grußes

als Grund zu fristloser Entlassung

NSK. Nirgendwo hat sich der tiegreifende Wandel unserer Rechtsauffassung anschaulicher bemerkbar gemacht als auf dem Gebiete des Arbeitsrechts. Die nationalsozialistische Auffassung lehnt die Wirtschaft als Selbstzweck ab und weist ihr die Rolle eines Hilfsmittels innerhalb des Aufbaues der Volksgemeinschaft zu. So wie aber der einzelne Wirtschaftsbetrieb selbst ein Glied im großen Ganzen der Volksgemeinschaft darstellt, so ist auch der Betrieb in sich eine Gemeinschaft, die im Kleinen die Idee der Volksgemeinschaft widerspiegelt. Durch den Gemeinschaftsgehalt hat die Arbeit die ihr eigene Würde wieder erhalten. Sie hat den Arbeiter aus der Erniedrigung eines Objekts der Unternehmerrwillkür und des Klassenkampfes befreit. Damit hat sie aber den Pflichtenkreis der im Betriebe Arbeitenden nicht vermindert, sondern vermehrt. Es sind eben heute nicht mehr rein wirtschaftliche Erwägungen, die für die Beurteilung der Betriebsverhältnisse maßgebend sind.

Deutlich genug hat dies das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit gezeigt. Und es ist daher selbstverständlich, daß der Gemeinschaftsgehalt sich auch auf die arbeitsgerichtliche Rechtsprechung auswirken mußte. Der Paragraph 1 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, der als Zweck der Arbeit sowohl die Förderung der Betriebswerke, als auch den gemeinen Nutzen von Volk und Staat bezeichnet, läßt unzweifelhaft erkennen, daß der Gedanke der Betriebsgemeinschaft mit der Idee der Volksgemeinschaft nicht in Widerspruch treten darf. Daraus folgt dann mit Notwendigkeit, daß ein gegen die Volksgemeinschaft gerichteter Verhalten auch mit der Betriebsgemeinschaft nicht vereinbar ist.

Dies hat unlängst das Landesarbeitsgericht Berlin wieder in einer Entscheidung ausgesprochen (veröffentlicht in der „Duitschen Wochenschrift“ vom 21. Februar 1936). Es hatte sich mit folgendem Fall zu befassen:

Eine Angestellte eines deutschen Betriebes war fristlos entlassen worden, weil sie hartnäckig den deutschen Gruß verweigerte. Der Hitler-Grüß war im Betriebe allgemein gebräuchlich. Die Angestellte war vom Arbeitssameraden wiederholt auf ihr sonderbares Verhalten aufmerksam gemacht worden. Das Gericht hatte festgestellt, daß die Klägerin nicht etwa nur gelegentlich oder aus Nachlässigkeit den deutschen Gruß vermiehd, sondern daß sie dies stets ganz bewußt getan hatte. Das Gericht stellte es darum nicht auf die einzelne Unterlassung ab, sondern auf das Gesamtverhalten: „Entscheidend ist vielmehr, daß das Gesamtverhalten der Klägerin erkennen läßt, daß sie den nationalsozialistischen Staat bewußt und erkennbar ablehnt.“ Aus diesem Grunde hat das Gericht die fristlose Entlassung gebilligt.

Russenpakt und Rheinlandfrage

Eine englische Stimme

London, 20. Febr. Unter der Überschrift „Rusland und der Rhein“ beschäftigt sich Vernon Bartlett in der „News Chronicle“ mit dem französisch-sowjetrussischen Pakt, von dem kein geringerer Jurist als Sir John Simon erklärt habe, daß er mit dem Völkervertrag vereinbar sei. Das sei juristisch vielleicht richtig, psychologisch aber nicht, und die Deutschen befürchten, daß im Falle eines Konflikts zwischen ihnen, den Franzosen und den Russen die Mehrheit der Mitglieder des Völkervertrages zwar der Ansicht sein könnte, daß Deutschland das Opfer eines Angriffes sei, daß aber sowohl Frankreich als auch Rußland eine Einmütigkeit im Völkervertrag verhindern könnten, so daß es diesen beiden Ländern freistehen würde, nach Belieben vorzugehen. Der französisch-russische Pakt sei eher das Ergebnis einer Panikstimmung als eine Friedenshandlung. Panik aber erzeuge neue Panik, und der Pakt werde die deutschen Belange so vermehren, daß Hitler gezwungen sei, die Frage der entmilitarisierten Rheinlandzone in Angriff zu nehmen. Er müsse Frankreich um jeden Preis von Osteuropa abschneiden, und um das zu tun, werde er wahrscheinlich die entmilitarisierte Zone in die Hauptgefahrzone des Festlandes umwandeln. Der Verfasser dezidiert, daß die britische Regierung das gleiche Maß an öffentlicher Unterstützung wie bei den Säuberungsmaßnahmen gegen Italien erhalten werde, falls Deutschland erkläre, daß es sich nicht länger verpflichtet fühle, in der Rheinlandzone keine Besatzungen anzulegen und keine Garnisonen zu unterhalten. Warum, so würde sich der Engländer fragen, sollte man von den Deutschen verlangen, auf unbestimmte Zeit eine Besatzung anzunehmen, die den Franzosen nicht auferlegt wurde? Jedermann wisse, daß Deutschland für die entmilitarisierte Zone bereits die gleiche Wächterung an den Tag lege wie sonstzeit für die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages. Bartlett empfiehlt, die vollendete Tatsache hinzunehmen und dabei so wenig Karm wie möglich zu machen.

Moskau wird nervös

wegen der Pariser Verzögerung

Moskau, 20. Febr. Die Verzögerung der Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Beilandspactes hat in politischen Kreisen Moskaus wachsende Beunruhigung hervorgerufen. Täglich erscheinen in den Zeitungen nervöse Aufsätze, in denen, wie nicht anders zu erwarten, die bolschewistischen Machthaber ihren Grimm über die zögernde Haltung des französischen Bundesgenossen am „deutschen Faschismus“ abzulassen suchen. Das „Journal de Moscou“ verliert in seiner Donnerstags-Ausgabe nochmals die üblichen Argumente, die die Ratifizierung dieses Vertrages rechtfertigen sollen, zusammenzufassen. Es ist bezeichnend, daß dieses offizielle Blatt die militärische Stärke der Sowjetunion besonders unterstreichen zu müssen glaubt, im übrigen aber nichts Besseres zu tun weiß, als die Gegner des Pactes in Frankreich bestig zu beschimpfen und gleichzeitig groteske Verleumdungen gegen Deutschland zu richten. Es herrscht dabei die Tendenz vor, die Sicherheit Frankreichs so bedroht erscheinen zu lassen, daß überhaupt nur noch die Flucht in die rettenden Arme der Sowjetunion übrig bleibt. Die auffällige Belorgnis des „Journal de Moscou“ um das Wohl Frankreichs geht so weit, daß das Blatt die „vollständige Kollaterale“ Frankreichs voranschaut, wenn es Deutschland gelassen sollte, seinen Willen Europa zu diktiert, wozu ihm die französischen Gegner des Pactes direkt verhelfen müßten.

Fernsprechdienst Berlin-Leipzig

Berlin, 20. Februar. Die Uebertragung von Fernsprechbildern auf dem Funkweg ist wegen der Notwendigkeit der Benutzung ultrakurzer Wellen an gewisse Entfernungen gebunden. Daher hat die Deutsche Reichspost im Rahmen ihrer Entwicklungsarbeiten auf dem Fernsehgebiet auch Fernseherfische über weite Entfernungen auf Kabeln durchgeführt.

Für die ersten Versuche dieser Art diente eine 10 km lange Fernsehkabelstrecke zwischen Tempelhof und Charlottenburg. Im Anschluß daran hat die Deutsche Reichspost ein Fernsehkabel zwischen Berlin und Leipzig ausgelegt. Vor kurzem konnte auf diesem Kabel eine hochwertige Fernsehubertragung zwischen zwei Fernsehstellen auf 185 km einwandfrei durchgeführt werden. Es ist das erste Mal, daß Fernsehbilder auf eine solche Entfernung auf dem Kabelweg übertragen worden sind.

Nach diesem günstigen Ergebnis ist beabsichtigt, anfangs März zur Leipziger Messe zwischen Berlin und Leipzig einen Fernsehpredchverkehr zu eröffnen. In Leipzig wird je eine Fernsehpredchstelle am Augustusplatz und auf dem Messengelände, in Berlin ebenfalls an zwei Stellen in der Stadt in Betrieb genommen. Die näheren Bedingungen für den Fernsehpredchdienst Berlin-Leipzig werden noch bekannt gegeben werden.

Italien enthält

Englisches Gutachten zur Abessinien-Frage

Rom, 20. Febr. In sensationeller Ausmachung veröffentlicht das halbamtliche „Giornale d'Italia“ am Mittwoch abend Auszüge aus dem schriftlichen Bericht, den der von der englischen Regierung im Frühjahr 1935 eingeleitete interministerielle Ausschuh unter dem Vorsitz von Sir John Maffes zur abessinischen Frage am 18. Juni vorigen Jahres erstattet hat. In diesem Bericht, der in unterrichteten römischen Kreisen als eine politische Enthüllung von größtem Interesse betrachtet wird, vertritt der fragliche Ausschuh die Ansicht, daß die englische Regierung mit dem Dreimächte-Abkommen über Abessinien vom Jahre 1906 „fast ganz Abessinien als zur Einflußsphäre Italiens gehörend, anerkannt hat“, und ferner, daß „in Abessinien und in seinen Nachbargebieten keine lebenswichtigen englischen Interessen bestehen, die solcher Art wären, daß die englische Regierung sich einer Eroberung Abessiniens durch Italien widersetzen müßte“.

„Die Bedeutung dieser Feststellung braucht“, so fügt „Giornale d'Italia“ hinzu, „nicht erst unterstrichen zu werden.“ Der Bericht gebe aber noch weiter und lege im Hinblick auf einen möglichen Zusammenbruch Abessiniens dar, welche Grenzberichtigungen England für diesen Fall ins Auge fassen müßte. Danach sollten Englisch-Somaliland jene Gebiete einverleibt werden, die den englischen Somaliländern als Weideland dienen. Für Kenya werden Grenzberichtigungen zwischen dem 38. und 40. Längengrad unter besonderer Berücksichtigung der wasserreichen Gebiete und für die Südgrenze die Einverleibung des überwiegend vom Blauen Nil fließenden Beni-Schangu-Gebietes vorgeschlagen. Der Ausschuh sagt dann seine Stellungnahme in Schlußfolgerungen zusammen, in denen es u. a. heißt: „Von Standpunkt der Vertiefung des englischen Weltreiches wäre ein unabhängiges Abessinien einem italienischen Abessinien vorzuziehen. Allein die Gefahr für die englischen Interessen scheint ferner und wäre nur in Verbindung mit einem Krieg zwischen England und Italien zu sehen, der vorerst erst recht als unwahrscheinlich gelten könnte.“ Für den Fall, daß Abessinien als unabhängiger Staat verschwinden sollte, müßte die englische Regierung versuchen, sich die territoriale Kontrolle des Tanakes und eines entsprechenden Korridors sicherzustellen, der den Tanake mit dem Sudan verbindet.

London untersucht

die Entwendung des Geheimberichts

London, 20. Febr. Die Veröffentlichung eines britischen Geheimberichts über Abessinien in der römischen Zeitung „Giornale d'Italia“ hat in London Kusschen hervorgerufen. Das Schriftstück ist der Bericht eines amtlichen Ausschusses dessen Vorsitz der oberste Beamte des englischen Kolonialministeriums, Sir John Maffes, geführt hatte. Der Bericht war in vergangenen Juni dem Foreign Office und den militärischen Ministerien sowie verschiedenen Kabinettsmitgliedern vorgelegt worden; er war ausdrücklich als Geheimbericht gekennzeichnet und trug ferner den Aufdruck: „Dieses Schriftstück ist das Eigentum der britischen Regierung.“ Die Londoner Behörden haben sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um festzustellen wie das Schriftstück in den Besitz der römischen Zeitung gekommen ist. Zunächst wurde nachgefragt, ob irgend eine der Abschriften des Berichtes vermisst wird. „Evening Standard“ meldet, daß der Untersuchung die allergrößte Bedeutung beigemessen werde. Man befürchte, daß andere noch vertraulichere Schriftstücke ebenfalls in unerwünschte Hände kommen könnten, wenn man keine befriedigende Erklärung für das Verschwinden des Dokuments finde.

Schneesturm über Dänemark

Kopenhagen, 20. Februar. In Dänemark hat sich der Winter in seiner ganzen Härte eingestellt. Seit zwei Tagen tobt ein bestiger Schneesturm über das Land. Fast der gesamte Verkehr ist lahmgelegt. Der Nachzug aus Deutschland traf mit 4 1/2 stündiger Verspätung ein; der Tageszug derselben Strecke fuhr bei Ringsted fest und konnte erst nach geraumer Zeit die Fahrt fortsetzen. Auch die Gegenzüge hatten starke Verspätung.

Nicht weniger schlecht ist es mit dem Verkehr auf den Landstraßen bestellt, auf denen teilweise die Schneewehen bis sieben Meter Höhe erreicht haben. Der Autobusverkehr ist mit wenigen Ausnahmen ganz eingestellt worden. 1000 Kraftwagen sind im Schnee festgeblieben. Auf dem Lande müßte die Postzustellung fast ganz ausfallen. Randorte wurden Dragoon alarmiert, um die Post auszutragen. Die Aufräumungsarbeiten müßten vielfach als ausschließliches aufgegeben werden, da der Schneesturm gleich wieder neue Hindernisse aufwürfte.

Dabei besteht nach Mitteilung des Meteorologischen Instituts vorläufig keine Aussicht auf eine Besserung des

Wetters. Auf größte Schwierigkeiten stößt auch die Lebensmittelversorgung der größten Städte. So mußten Kopenhagen und Alsborg heute auf einen Teil ihrer Milchlieferungen verzichten. Am Abend wurde im dänischen Rundfunk bereits gemeldet, daß für morgen Kopenhagen nur auf eine geringe Milchlieferung rechnen kann.

In eine unangenehme Lage geraten über 100 Personen, die in einem Bahnhofstrug in der Nähe von Roskilde vom Schnee eingeschlossen wurden. Da nur 10 Gastzimmer zur Verfügung standen, mußten sie eine sehr unbequeme Nacht verbringen.

Die Revolution in Baraguay

Vorläufige Regierung in Muncion

Muncion, 20. Febr. Oberst Franco ist am Mittwoch im Flugzeug in Muncion eingetroffen. Er wurde bei seiner Ankunft kühnlich begrüßt. Noch am Abend übernahm er den Vorsitz der vorläufigen Regierung. Vor seiner Ankunft verbreiteten die Aufständischen ein 36 Punkte zählendes Flugblatt. Man sieht, in dem die Ursachen des Aufstandes aufgezählt werden. Es heißt darin, daß diese Ursachen in der Hauptachse zu erblicken seien in der Ueberfremdung und Ausbeutung durch Ausländer und vor allem durch die Juden, die von der gestürzten Regierung unterstützt worden seien, während das Volk an der Front gekämpft habe. „Die Juden“, so heißt es in dem Manifest, „stelen über das Land her, um es auszulaugen, Wucherer, Schieber, Kapitalisten und Drückeberger teilten alles unter sich, beraubten und knechteten die Heimkehrer, statt ihnen des verdienten Lohn zu geben. Führende Männer der gestürzten Regierung waren durchweg Rechtsbeistände der großen Unternehmen und vertraten deren Interessen, niemals aber die des Volkes, des Heeres und der studierenden Jugend. Die Verbände der ehemaligen Frontkämpfer sind beauftragt worden, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.“

Geschenk an den Führer

Goslar, 20. Febr. Sanitätsrat Dr. Gelhorn, der kürzlich starb, schenkte seine Nervenzheilanstalt „Theresienhof“ dem Führer Adolf Hitler. Dieser übernahm das Sanatorium an die NSD. Südbanner-Braunschweig. Bei einer Besichtigung der Anstalt, die dieser Tage im Besitz der Gauamtsleiter der NSD. Nordwestdeutschland stattfand, wurde bekannt, daß in „Theresienhof“ nach Vollendung des Umbaus viele kinderreiche Mütter mit ihren Kindern Erholung finden werden.

Eine Unterredung des Reichsportführers

mit einem Vertreter des „Paris Soir“

Paris, 20. Febr. Der Sonderberichterstatter des „Paris Soir“ in Garmisch-Partenkirchen, Bénac, hatte eine längere Unterredung mit dem Reichsportführer von Dillmann und Osten über die Bedeutung des Sports und die Ziele des Reichsportführers. Der Reichsportführer wies darauf hin, daß ein moderner Staat in der Erziehung seiner Jugend auf die Leibesübungen nicht verzichten könne. Gerade das Großartige in der griechischen Kultur sei es, daß in ihr die völlige Harmonie zwischen Leib und Seele erreicht worden sei. Die Gegner des Sports, die da behaupten, daß die Förderung der Leibeserziehung und der sportlichen Übungen nichts als eine Vorbereitung auf den Militärdienst und auf den Krieg sei, vertreten eine ganz primitive Auffassung. Ein geübter Mensch werde in jedem Falle ein fröhlicherer und umgänglicherer Mensch sein als ein trakter. Gewiß, es lasse sich nicht leugnen, daß ein sportlich durchtrainierter Mensch ein besserer Soldat werden könne als einer, der niemals Sport getrieben habe. Er glaube, daß die Freundschaften, die der Sport vermittele, den Krieg sicherer verhindern als die Tatsache ihn fördere, daß Sportler mutigere und tapferere Leute sind.

Zur Frage einer gegenseitigen Verbindung der verschiedenen Sportarten mittels einer Dachorganisation erklärte der Reichsportführer, nach seiner Ansicht sei weder der Grundgedanke der völligen Selbständigkeit noch der der völligen Verbindung für den Sport das Richtige. Er glaube vielmehr, daß für jeden Sportzweig eine besondere Organisation notwendig sei. Diese müßte mit den anderen zusammenarbeiten. Die beste Form der Zusammenarbeit sei der Zusammenbruch dieser Dachorganisationen zu einem großen Einheitsverband der Leibesübungen. Die Zentralisation des Sports mit diesen Einschränkungen sei sehr zweckmäßig. Der Staat dürfe aber den Sport nicht kommandieren. Nur in der freiwilligen Ausübung des Sports liege sein großer sittlicher Wert.

Der Winter in Ostpreußen

Königsberg, 20. Febr. In Ostpreußen herrscht strenger Frost. Nachdem in der ganzen letzten Woche der Thermometer nachts bereits unter 10 Grad Ralte geklungen war, wurden in der Nacht zum Donnerstag in Königsberg 10 Grad unter Null gemessen. Im ganzen Gebiet ist viel Schnee gefallen. Der scharfe Nordostwind hat auf den Straßen grobe Schneewehen gebildet. Auf der Elbinger Höhe haben die Schneewehen eine Höhe von mehreren Metern erreicht, jedoch nur noch die Baumkronen aus dem Schnee herausragen. Das Frische Gass ist völlig zugefroren.

Die Judenfrage in Polen

Warschau, 20. Febr. Im Haushaltsausshuß des Senats wies bei der Besprechung des Haushalts des Innenministeriums Senator Kostworowski darauf hin, daß die Judenfrage in Polen immer mehr zuspitze, da die Zahl der Juden in Polen viel zu groß sei. Es sei notwendig, die jüdische Auswanderung mit allen Mitteln zu unterstehen. Die Regierung sollte sich bemühen, daß außer Palästina noch andere Auswanderungsgebiete für die Juden bereit gestellt würden, damit die Abwanderung der polnischen Juden nicht von der englischen Politik in Palästina abhängig sei. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Senator Kadzinski der darauf hinwies, daß Polen sich bemühen müßte, eine der letzten Zahl der Juden in Polen entsprechende Auswanderungsquote zu erreichen. Wenn man die Zahl von einer Million Juden nehme, die Polen los werden müßte, so sei dafür auch die Kolonie der polnischen Landbevölkerung maßgebend, die in die kleinen Städte abwandern müßte, in denen die Juden sich ein Handelsmonopol geschaffen hätten.



Gegen Seefeld 12fache Todesstrafe beantragt

Schwerin, 20. Febr. Im Seefeld-Prozess beantragte der Oberstaatsanwalt am Schluss seines Plädoyers, gegen Seefeld die Todesstrafe wegen Mordes in den zwölf Fällen Thomas, Zimmermann, Keumann, Dill, Eipel, Wischnowski, Tiele, Korn, Prätorius, Tesdorj, Rogsdorf und Gniel zu erkennen und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit abzuerkennen. Ferner beantragte er die Entmännung und wegen fortgesetzter widernatürlicher Unzucht in drei Fällen, Notzucht in zwei Fällen sowie wegen Missetat und Verleumdung insgesamt die höchstzulässige Zuchthausstrafe von 15 Jahren sowie zehn Jahre Ehrverlust. Außerdem forderte er, gegen Seefeld die Sicherungsverwahrung auszusprechen.

Oberstaatsanwalt Busch führte u. a. aus:

Ein grauenvolles und erschütterndes Kapitel menschlicher Bestürzung und Entartung, menschlicher Verschlagenheit und Boshaftigkeit, menschlicher Hinterlist und Bitterkeit, menschlicher Gefühlslosigkeit und Stumpfheit ist an uns vorübergezogen, so daß es mir manchmal hat scheinen wollen, als wenn in der Person des Angeklagten der personifizierte Teufel durch die deutschen Gänge gelchritten ist. Er hat nur ein Lebensziel gehabt, nämlich seinem Vaster von Jugend an bis in sein spätes Alter zu schaden. Über hundert Knaben hat dieser Angeklagte verdorben. Er allein trägt die Schuld daran, wenn diese Knaben selbst auf die falsche Fährte sittlicher Entartung geraten sind. Die Folgen dieser sittlichen Entartung kennen wir: Verlogenheit, Untreue und wiederum Verderbnis aller hoffnungsvollen Knaben.

Die Zahl der Morde des Angeklagten Seefeld wird sich mit Sicherheit niemals mehr feststellen lassen. Wenn ich sie heute auf etwa 30 schätze, so habe ich sicher nicht eine zu hohe Zahl genannt. Ungeheures Leid hat dieser Unmensch Vätern und Müttern der Knaben bereitet. Zahllose Tränen sind geweint, unruhige Tage und Nächte verbracht worden in der Ungewißheit über das Schicksal der Söhne. Wie ist es möglich, daß dieser Unhold immer wieder auf die Menschheit losgelassen wurde, so bin ich oft und oft von vielen Volksgenossen gefragt worden. Diese Volksgenossen haben eines vergessen, sie haben schon vergessen, daß sie noch den Liberalismus in seiner höchsten Ausprägung in der Systemzeit miterlebt haben. Die Weltanschauung des Liberalismus ist mitverantwortlich für die Taten des Angeklagten. Der Fall Seefeld ist eine einzige Anklage gegen die sog. Humanität des Liberalismus. Diese Humanität, die in den Logen vereinsmäßig verankert war, ist eines der verdorbenen Vorkindeln für den deutschen Spieltheater gewesen. Dabei hatte in der Systemzeit die Humanität nichts mit dem zu tun, was wir Deutsche unter Humanität verstehen: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“, sondern jene Humanität war

die Dürftigkeit des Minderwertigen, des Faulen und des Verbrechens. Wäre es nicht human gewesen, den Angeklagten im Jahre 1926 in der Strafanstalt Brunsbüttel zu belassen und ihn dort arbeiten zu lassen, oder ist es human gewesen, ihn wieder auf die Menschheit loszulassen? Dieser einzige Hinweis mag genügen, um Ihnen die wirkliche Humanität der nationalsozialistischen Gesetzgebung über Sterilisation, Entmännung und Sicherungsverwahrung vor Augen zu führen. Der Fall Seefeld ist ein Schul- und Musterbeispiel für die Richtigkeit dieser Gesetzgebung.

So sehr auch die Forderung vieler Volksgenossen, mit einem solchen Schenkel kurzen Prozeß zu machen, verständlich sein mag, so werden doch verschiedene Punkte nicht dabei berücksichtigt. Zunächst: Wir leben in einem Rechtsstaat, und ich habe nicht die rechtliche Handhabe, um mit einem solchen Menschen kurzen Prozeß zu machen. Ferner: jeder Vater und jede Mutter hat ein Recht darauf, zu wissen, wer ihren Sohn ermordet und geschändet hat. Ich darf mich nicht darauf beschränken, etwa nur zwei Fälle aufzuklären. Dann würde immer die Unruhe im Volk zurückbleiben, ob nicht noch ein zweiter Mann wie der Angeklagte sein Unwesen treibe. Wenn es uns gelungen ist, innerhalb neun Monaten rechtlos Klarheit zu schaffen, dürfen die Volksgenossen zufrieden sein.

Der Prozeß hat für Staatsanwalt, Polizei und medizinische Wissenschaft wichtige Erkenntnisse gebracht. Schließlich ist aber dieser Fall auch ein juristischer Fall. Zunächst ist die Richtigkeit der Strafanstalt Brunsbüttel für die Kinder, Eltern und Erzieher. Ich kann auch hier nur allen Eltern und Erziehern ans Herz legen, die Kinder zu warnen vor Elementen wie dem Angeklagten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte der Oberstaatsanwalt, daß das Gesamtbild der Fälle den Beweis gebe, daß der Angeklagte der Täter sei. Zur Beruhigung der Bevölkerung könne gesagt werden, daß auch die in diesem Prozeß nicht behandelten Mordfälle noch genauestens nachgeprüft würden. Der Oberstaatsanwalt ging sodann auf die einzelnen Fälle der Anklage ein.

Der Verteidiger des Angeklagten Seefeld hob in seinen Ausführungen hervor, daß sein Mandant heute nicht vor Gericht unter dieser juristischen Mordanklage stehen würde, wenn früher schon die Möglichkeit der Sicherungsverwahrung bestanden hätte. Der Verteidiger glaubt, daß der Angeklagte ohne vorherige Überlegung seine Taten begangen hat. Sodann erhält der Angeklagte Seefeld selbst das letzte Wort. In seiner dornenen, verlogenen wirkenden Art macht er längere Ausführungen und beteuert seine angebliche Unschuld. Seine Erklärung gipfelt schließlich in der unsinnigen Redensart: „Meine Person kommt nicht in Frage.“

Am Samstag nachmittag wird das Urteil verkündet werden.

Sancti, Ost. Saugau, 20. Febr. (Tödlicher Sturz.) Am Mittwoch war der Erbhöfbauer Anton Baumgärtner damit beschäftigt, vom Orbet Garben in die Scheuer hinabzuwerfen, als er das Gleichgewicht verlor und kopfüber auf den Zementboden stürzte. Der Arzt stellte einen Schädelbruch fest, dem Baumgärtner bald darauf erlag.

Weingarten, 20. Febr. (Drei Veteranen.) Die Kriegerkameradschaft 1828 Weingarten hat in ihren Reihen drei Veteranen, die zusammen nicht weniger als 268 Jahre zählen. In zeitlich kurzen Abständen feierten die hochbetagten Jubilare ihre Geburtstag. Das letztemal erhielt dabei jeder das Bild des Führers und die zwei jüngeren vom Reichskriegerbund Koffhäuser ein Geschenk in Höhe von 50 RM. Die Altvetenaren heißen: Paul Bed, Oberlandjäger i. R., geboren 1845 in Rehrbergshausen, Alois Eisele, Gerber, geboren 1848 in Weingarten und Johann Siehle, Wagner, geboren 1847 in Reiniten.

Ulm, 20. Febr. (Wohnungsbauprogramm.) DRK-Förster legte den Ratsherren das große Wohnungsbauprogramm der Stadt Ulm dar. Wenn die Wohnungsnot noch nicht behoben sei, so habe das keine Ursache darin, daß eine wirtschaftliche Belebung zu verzeichnen sei. Die Einwohnerzahl der Stadt sei wieder, ohne Militär, auf 65 000 gestiegen. Im letzten Jahre wurden 441 Wohnungen bezugsfertig, 84 Gebäude mit 156 Wohnungen sind im Rohbau fertig und weitere Pläne für 174 Wohnungen liegen vor. Außerdem hat die Stadtverwaltung ein Bauprogramm für 100 Kleinfamilien vorgezogen. 50 davon kommen nach Wiblingen, für die anderen 50 wird noch ein Bauplatz gesucht. Die Kosten für eine Siedlung werden mit 4500 RM berechnet. Ferner sind 40 Kleinfamilien geplant, davon sollen 20 mit 3000 RM und 20 mit 4000 RM erstellt werden. Weiter sind vorgesehen 100 Arbeiterwohnungen als Kleingewerbeten. Dafür liegt ein Typ für 8000 RM vor, der Anschlag finden dürfte. Es wird erwartet, daß sich die Industrie besonders an dem Bau dieser Kleinfamilien beteiligt. Die Stadt tritt nicht als Bauunternehmer auf, sondern überträgt die Ausführung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Heimsiedlerkolonie und der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Wohnungsbaugesellschaft AG, hinter dem die Industrie steht. Die Stadtverwaltung ist bisher Inhaberin von 855 Wohnungen, in denen 12 Mill. RM investiert sind. Für Erschließung für Baugelände hat die Stadt 600 000 RM in den neuen Etat eingestellt.

Friedrichshafen, 20. Febr. (Ueberjahre.) Am Mittwoch sprang in der Wohnkolonie bei der Trautenmühle ein drei Jahre altes Mädchen in die Fahrbahn eines hiesigen Lastautos, wurde von diesem erfasst und auf der Stelle getötet. Der Kraftwagenführer soll mit mäßiger Geschwindigkeit gefahren sein.

Aus Stadt und Land

Altentsteig, den 21. Februar 1936.

Verkehrsunfall. Gestern nachmittag verunglückte in der Poststraße zwischen Elektrozugschiff Manz und dem Haus von Bäckermeister Steeb ein 19jähriger Knabe dadurch, daß er in ein Personenauto sprang. Seine Verletzungen scheinen nicht schwer zu sein, doch hätte die Sache auch schwerer ausfallen können. — Es kann nicht genug davor gewarnt werden, Kinder auf dieser engen und verkehrreichen Straße zwischen Marktplatz und Sattlermeister Henjler spielen zu lassen. Wie schnell kann sich hier, wo so viele Autos durchfahren, ein Unglück ereignen.

„Grünen Baum“-Lichtspiele. Am Sonntag läuft in den „Grünen Baum“-Lichtspielen der Tonfilm „Das Schloss im Süden“. Es ist dies ein lustiger Schwank, der so recht in die Faschingszeit paßt. Eine Reihe bekannter Schauspieler bürgen für eine gediegene Unterhaltung.

Calw, 20. Februar. (Landrat Nagel Oberamtsvorstand in Göppingen.) Wie wir erfahren, hat Landrat Nagel seine Dienstgeschäfte als Landrat in Calw am Mittwoch 19. Febr. abgeschlossen und wird nach kurzem Urlaub am 1. März ds. Js. sein neues Amt als Landrat in Göppingen übernehmen.

Calw, 20. Februar. (Kreisversammlung der NS-Kriegsopferversorgung.) Vergangenen Sonntag waren die Mitglieder der NS-Kriegsopferversorgung zu einer Kreisversammlung in den Saalbau Weich nach Calw berufen. Kreisamtsleiter Dettner leitete die Tagung. Ein Sprecher der Hitlerjugend gab der Tagung den Auftakt. Dann gedachten die Frontsoldaten ihrer toten Kameraden. Die Grüße der Gauamtsleitung überbringer, führte Kam. Schwarz sodann aus, daß heute viele wichtige Aufgaben im Staat zu erfüllen seien, die nur schrittweise gelöst werden könnten. Deshalb lämen aber die Frontsoldaten und Kriegsopfer nicht erst in zweiter Linie. Im Gegenteil, der Führer selbst überwacht die Betreuung der Kriegsopfer. Alle bisher erreichten Verbesserungen gehen auf seine Anordnungen zurück. Bei der Zusammenkunft einer Rente usw. wird allerdings heute ein anderer Maßstab angelegt wie ehemals. Außer den sonst in Betracht kommenden Punkten wird jetzt genau untersucht, ob und wie lange ein Antragsteller im Schützengraben stand und was er tatsächlich im Frontdienst geleistet hat. Ausgeschlossen ist es z. B., daß jemand eine Rente erhält, der nur 8 oder 14 Tage im Feld war und sich angeblich in dieser Zeit eine Krankheit zugezogen haben will, die heute als D. V. anerkannt werden soll. Der Redner hat in diesem Zusammenhang die Amtswalter, nur solche Rentenansprüche aufzunehmen, die auch Aussicht auf Erfolg hätten. Das Hauptaugenmerk der Gauamtsleitung war in der letzten Zeit auf die Arbeitsbeschaffung gerichtet. Nicht Rente bestreitet den Menschen, sondern Arbeit. Zur Freude darf gesagt werden, daß in Württemberg beinahe alle Kameraden, die noch über eine halbwegs brauchbare Arbeitskraft verfügen, in Arbeit und Brot gebracht werden konnten.

Vom Kreis Freudenstadt, 20. Februar. (Kampf gegen die Landflucht.) Da die Abwanderung vom Lande von Jahr zu Jahr zunimmt, der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft dadurch immer größer wird und dadurch die Kräfte fehlen, die den Erfolg der Erzeugungsschlacht sichern, wenden sich die Kreisleitung der NSDAP und Arbeitsamt Nagold in einem Aufruf an die Öffentlichkeit. In dem Aufruf wird gesagt, daß ein Teil der Arbeitslosen in den Städten der Landwirtschaft zugeführt werde, daß es aber ein Unding wäre, zuzusehen, wie ein harter Strom von Berufstätigen in

jüngerem Alter in die Stadt abziehe. Das Gesetz schiebe hier einen starken Riegel vor und habe das Arbeitsamt beauftragt, dieses zur Durchführung zu bringen. Eine Erhebung über den unmittelbaren Kräftebedarf der Landwirtschaft im Bezirk des Arbeitsamtes Nagold ergab etwa 500 offene Stellen, davon viele Dauerstellen. Diejenige Bedarf steht eine kleine Zahl Arbeitswilliger gegenüber; es ist also zunächst ganz unmöglich, alle diese Stellen zu besetzen. Die Landflucht müsse deshalb mit unerbittlicher Strenge bekämpft werden, ganz besonders die Abwanderung von Jugendlichen. Außerdem müssen alle, die ohne Beschäftigung sind und Unterstützung irgendwelcher Art beziehen, sich unbedingt für die Arbeit in der Landwirtschaft zur Verfügung stellen, wenigstens bis die Ernte unter Dach und Fach ist. Es wird in dem Aufruf mit allem Nachdruck erklärt, daß Gesuche und persönliche Vorprachen, die in letzter Zeit besonders von weiblichen Gesuchstellern in großer Zahl erfolgten, bei Parteistellen um Befreiung vollständig zwecklos sind. Es ist ganz unmöglich, bei der Dringlichkeit der Fragen irgendwelche Ausnahmen zu bewilligen. Der Führer erwartet, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Notwendigkeit einseht und daß der Einzelne seine eigenen Wünsche dem Wohle der Gesamtheit unterordnet. Die Arbeit in der Landwirtschaft ist keine Zwangsarbeit, sondern eine Ehrenpflicht. Sie trägt dazu bei, die Freiheit des deutschen Volkes zu ermöglichen und diesen ein Auskommen zu sichern.

Horb a. N., 20. Februar. (Durch einen Felsblock entgleist.) Am Mittwoch ist die Lokomotive des Personenzugs 2542 Stuttgart—Zimmendingen, zwischen Eutingen und Horb kurz nach 13 Uhr mit der Bordenachse entgleist. Verletzt wurde niemand. Die Entgleisung ist durch ein Felsstück, das auf die Eisenbahnstrecke herabgestürzt war, verursacht worden. Der Zug wurde nach Eutingen zurückgezogen und von da auf dem Gleis Horb—Eutingen weiterbefördert. Der Betrieb zwischen Eutingen und Horb wurde bis zur Behebung der Störung einseitig durchgeführt.

Stuttgart, 19. Febr. (Stuttgarter Faschingszug.) Es sind alle Vorzeichen dafür vorhanden, daß der große Umzug des Verkehrsvereins am kommenden Sonntag wiederum den Höhepunkt des Stuttgarter Faschings bilden wird. In der Gewerbehalle ist ein emsiges Kommen und Gehen, sie ist die Werkstatt des großen Faschingszuges und füllt sich von Tag zu Tag mehr mit witzigen Gruppen, Wagen und Großfiguren. Alles, was Stuttgart und seine Bevölkerung in den vergangenen Monaten angina und heute noch angeht: Tiergarten, Stuttgart-Film, Bäderfrage, Sportereignisse u. a. sind hier in das leichte Loh eines fröhlichen Humors eingepaßt. Der Weg des Umzuges ist bekannt. Die Tribüne vor dem Königsdan steht gegen ein Eintrittsgeld von 2 RM für nummerierte Sitzplätze und 1 RM für Stehplätze jedem Volksgenossen offen.

Fachsenfeld, Ost. Aalen, 20. Febr. (Warten.) In unserer Gemeinde treten gegenwärtig unter der Schuljugend die Makiern so stark auf, daß zwei Klassen der katholischen Volksschule und die gleiche evangelische Volksschule den Schulbetrieb einstellen mußten.

Oberalfingen Ost. Aalen, 20. Febr. (Scharlach.) Die Schule hier mußte vorläufig auf 14 Tage geschlossen werden, da 34 Prozent aller Schüler wegen Scharlach- und Makiern-erkrankungen nicht schulfähig sind.

Amtswalterinnen-Tagung der NS-Frauenkraft in Freudenstadt

Freudenstadt, 20. Febr. Am Dienstag, den 18. Februar fand in Freudenstadt die Amtswalterinnen-Tagung der NS-Frauenkraft für die Kreise Freudenstadt, Horb, Sulz und Nagold statt. Die Amtswalterinnen kamen hierher, um sich neue Richtlinien und Anregungen für ihre Arbeit in den einzelnen Kreisen und Ortsgruppen zu holen. Die Vortragsleiterin des Reichsmütterdienstes, Frä. Kempis, die ja einen ihrer Erziehungskurse auch schon in Nagold gehalten hat, sprach über die Arbeit des Reichsmütterdienstes. Aufgabe der Mütterberatung ist die Heranbildung von körperlich und seelisch tüchtigen Müttern, die überzeugt sind von den hohen Pflichten der Mutterschaft, die erfahren sind in der Pflege und Erziehung ihrer Kinder und die ihren hauswirtschaftlichen Aufgaben gewachsen sind. — Am Nachmittag sprach die Gauarbeitgeberin Volkswirtschafts-Hauswirtschaft, Frau Klent, über ihre Arbeit. Die Abteilung Volkswirtschafts-Hauswirtschaft will der Frau zeigen, wie sie im Falle der Verknappung auf dies oder jenes verzichten kann und dafür irgend etwas anderes, das Nahrungsmittel werden soll, verwenden kann. Außerdem will die Abteilung die Frau wieder zu planvoller Vorratswirtschaft erziehen, damit sie in Zeiten, in denen irgend ein Lebensmittel auf dem Markt überreichlich vorhanden ist, dieses durch Einlegen, Einkochen usw. haltbar macht und sich so von einer in der kalten Jahreszeit auftretenden Verknappung unabhängig macht. Württemberg ist der erste Gau in Deutschland, der eine Versuchsstufe eingerichtet hat und alle Rezepte, die an die Kreise und Ortsgruppen hinausgehen, werden dort zuerst nach Nährwert und Kosten berechnet und geteilt. Ein großes Arbeitsgebiet ist auch das Antennjahr und die hauswirtschaftlichen Lehrjahre für junge Mädchen.

Über organisatorische Fragen sprach Gauabteilungsleiterin für Organisation, Frä. Eldinger.

Die Kreisfrauenchaftsleiterin des Kreises Freudenstadt, Frau Lutz, beschloß die Arbeitstagung.

Warnung an die Eisenbahnreisenden:

Keine Signale nachmachen!

Stuttgart, 20. Febr. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: „In letzter Zeit mehren sich leider die Fälle, in denen junge Leute, besonders im Sonntagabend-Verkehr, während des Aufenthalts der Züge auf den Bahnhöfen „Abfahren“ ruhen oder Pfeifen- und Lichtsignale nachahmen. Vor solchem Unsinne, der Mißverständnisse mit sich bringen kann, für die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs und damit für das Leben und die Gesundheit der Reisenden und des Personals herbeiführen kann, muß aufs dringendste gewarnt werden. Es ist ein Verdienst an der Allgemeinheit, wenn belohnte und verantwortungsbewusste Mitreisende, die derlei Unlug beobachten, sich nicht scheuen, dagegen aufzutreten und gegebenenfalls das Eingreifen der Bahnpolizeibeamten, zu denen die Jugendbeobachter gehören, herbeiführen.“

Die Stadt Stuttgart

erwirbt das Stuttgarter Schauspielhaus

Stuttgart, 20. Febr. Die Stadt Stuttgart hat am 1. Januar 1936 die Gebäude des Stuttgarter Schauspielhauses käuflich erworben. Sie wird damit aber nicht selbst Unternehmerin eines Theatertreibens, vielmehr hat sie dieses Theater wie bisher verpachtet. Das Freilichttheater im Popperwald kann wegen Bauunfähigkeit nicht mehr bespielt werden. Ein Ersatz an anderer Stelle ist in Aussicht genommen.

Aus Baden

Hofheim, 20. Febr. (Ein schweres Verkehrsunfall.) Ein schweres Verkehrsunfall, bei dem ein blühendes junges Menschenleben vernichtet wurde, ereignete sich gestern nachmittag kurz vor 4 Uhr in der Holzgartenstraße. Ein Personkraftwagen überfuhr bei der Baumgärtnerstraße einen jugendlichen Radfahrer namens Wilhelm Müller und ließ beim Ausweichen mit einem parkenden Kraftrad und einem parkenden Schnellastwagen zusammenstoßen. Der Radfahrer wurde getötet, die Insassen des Personkraftwagens verletzten sich durch Glassplitter. Alle genannten Fahrzeuge wurden schwer beschädigt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Zwei englische Fischdampfer untergegangen. Der englische Fischdampfer „Merionale“ mit 13 Mann Besatzung ist in der Nähe der Orkney-Inseln untergegangen. Ein weiterer Fischdampfer mit sieben Mann Besatzung ist bei den Shetlands-Inseln gescheitert.

Dreifacher Mord und Selbstmord. In Schöndorn (Kreis Liebenwerda) wurde eine furchtbare Mordtat entdeckt. Als der Sohn des 64 Jahre alten Bauern Hansch die Schlafkammer seiner Eltern betrat, fand er diese sowie seine von ihrem Mann getrennt lebende Schwester, namens Bendi im Blute liegend tot auf. Als Mörder kommt der Ehemann der jungen Frau in Betracht, der in der Scheune seines Vaters erhängt aufgefunden wurde.

Gerechtfertigt

Unter der Auflage der Nichtanzeige eines Verbrechens Heilbronn, 20. Febr. Das Ehepaar Kohler, das im Hause der Mutter ein Zimmer bewohnte, führte eine sehr unglückliche Ehe; der Mann war gewalttätig und machte der jungen Frau das Leben zur Hölle. Die Ehefrau beschloß daher, ihren Mann zu beseitigen. Sie stellte zu diesem Zweck in der mit der Mutter gemeinsam benutzten Küche ein Glas mit Zyanalkalium bereit. Im November 1934 verlangte der Mann von seiner Frau, sie solle ihm zu trinken holen. Er bedrohte die Frau hierbei wiederholt mit einem Messer und diese löste nun den Entschluß, dem Mann das Zyanalkalium zu geben. Der Mann starb, kurze Zeit nachdem er das vergiftete Getränk zu sich genommen hatte. Das Schwurgericht Heilbronn verurteilte die Ehefrau Anna Kohler wegen Totschlags zu zehn Jahren Zuchthaus. Die Mutter der Angeklagten, Wilhelmine Strohhäcker, die von dem Vorhaben ihrer Tochter gewußt, aber nichts getan hatte, die geplante Tötung zu verhindern, wurde von der Anklage des Verbrechens nach Paragraph 139 StGB (Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens) freigesprochen, weil der Totschlag nicht unter die in diesem Paragraphen aufgeführten Verbrechen fällt. Auf die von der Staatsanwaltschaft gegen das gegen Wilhelmine Strohhäcker ergangene freisprechende Urteil eingelegte

Revision hat das Reichsgericht diesen Urteil aufgehoben und die Angelegenheit in diesem Umfang zu neuer Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Freiheiten eines Sauf- und Kaufbolde

Gmünd, 20. Febr. Der schon einmal vorbestrafte geschiedene Konrad Hellig von Gmünd hatte sich am Mittwoch mit drei Kumpanen vor dem Gmünder Schöffengericht wegen Diebstahls im Rückfall, Körperverletzung und Mordtraub zu verantworten. Er zechte am 1. Oktober in einer Gmünder Wirtschaft mit seinem ebenfalls gerichtsbekanntem Bruder und zwei Freunden und benötigte die vorübergehende Abwesenheit des Wirtes, um sich und den anderen dreien „Freibier“ und je eine „Zigarettenspende“ zu „genehmigen“. Außerdem stahl er aus einer Schublade einen größeren Betrag aus zwei Geldbeuteln. Einige Wochen später mißhandelte der als Kaufbold unrühmlich bekannte Angeklagte nachts einen Metzgergehilfen und einen anderen Fußgänger schwer. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis; der Staatsanwalt hatte Zuchthaus und Sicherungsverwahrung beantragt. Wegen Heblerei wurde gegen seinen Bruder auf 15 RM. und gegen die beiden anderen Mitangeklagten auf je 5 RM. Geldstrafe erkannt.

Strafe gegen einen Arbeitsscheuen

Stuttgart, 18. Febr. Vor dem Amtsgericht Stuttgart hatte sich dieser Tage ein verheirateter 43jähriger Tagelöhner wegen Arbeitsscheu zu verantworten. Seit dem Kriege hat er keine regelmäßige Arbeit mehr verrichtet. Auch die vom Wohlfahrtsamt verlangte Pflichtarbeit wurde von ihm nur unregelmäßig geleistet. Es war ihm unangenehm, die Unterstützung des Wohlfahrtsamtes in Anspruch zu nehmen und nebenher auf den Bettel zu gehen. Seine notorische Arbeitsscheu bewies er auch dadurch, daß er aus dem Beschäftigungsheim Buttenhausen, in das er im Mai 1935 eingewiesen wurde, eigenmächtig entwichen ist. Das Amtsgericht hat ihn nun zu der Haftstrafe von vier Wochen verurteilt und außerdem seine Unterbringung in das Arbeitshaus angeordnet.

Letzte Nachrichten

Erdbeben in Cherbourg

Paris, 20. Februar. Die Einwohner von Cherbourg und Umgebung wurden am Donnerstag gegen 5 Uhr morgens von einem heftigen Erdbeben gemeldet, der von langanhaltendem unterirdischen Grollen begleitet war. Ernsthafte Schäden wurden jedoch nicht angerichtet.

Das verunglückte englische Postflugzeug geborgen Paris, 20. Februar. Das englische Postflugzeug, das am Mittwoch in der Nähe von Le Havre verunglückt war, ist am Donnerstag geborgen worden. Die Leichen der drei Vermissten konnten bisher nicht gefunden werden.

Erste Zusammenstöße an der Schifferbörse in Amsterdam Die Schifferbörse geschlossen

Amsterdam, 20. Februar. An der Schifferbörse in Amsterdam kam es am Donnerstag zu ersten Zusammen-

Bekanntmachungen der NSDAP.

Partei-Amt mit betreuten Organisationen

Reichsluftschutzbund, Ortsgruppe Altensteig Heute abend 8 Uhr Dienst im Gasthaus zum „Bod“.

NSD. Deutsche Arbeitsfront Ortsverwaltung Pfalzgrafenweiler, Jelle Göttingen Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zur „Traube“ in Göttingen eine Mitgliederversammlung statt.

Nr. 14., BdM., JM.

Hilfer-Jugend, Unterbann III/126 Standorte Ebbhausen, Bernsd, Bari, Ebershardt, Gaugenwald Sonntag, den 23. Februar, Schardienst in Ebbhausen. Auftreten punkt 8.30 Uhr beim Schulhaus in Ebbhausen. Der Scharführer.

Hilfer-Jugend, Schar 2/17 Simmersfeld Am Sonntag, 23. Februar, tritt die Schar vollzählig morgens um 9.15 Uhr auf dem Sportplatz in Simmersfeld zum Schardienst an. Ende gegen 3 Uhr. Ein Vesper, Karten, Schreibzeug mitbringen.

Herzliche Beratung im Unterbann III Am Freitag, abends von 8-10 Uhr findet bei Unterbann-Arzt Dr. Bilger ärztliche Beratung statt.

Am Sonntag, 23. Februar, tritt die Schar vollzählig morgens um 9.15 Uhr auf dem Sportplatz in Simmersfeld zum Schardienst an. Ende gegen 3 Uhr. Ein Vesper, Karten, Schreibzeug mitbringen.

Herzliche Beratung im Unterbann III Am Freitag, abends von 8-10 Uhr findet bei Unterbann-Arzt Dr. Bilger ärztliche Beratung statt.

Röhen. Ein Schiffer fühlte sich bei der Frachtverteilung benachteiligt und gab seinem Mißfallen in lauten Worten Ausdruck. Es kam zu einem Tumult, wobei die Schiffer einen Schuhmann entmänneten. Es entspann sich ein kurzes Handgemenge. Inzwischen war aber ein verstärktes Polizeiaufgebot herbeigerufen worden, dem es gelang, die Schifferbörse zu räumen. Hierbei wurde ein Polizist schwer verletzt. Die Zusammenstöße lehten sich auf der Straße fort. Ein Schiffer schlug einen Polizisten zu Boden, worauf dieser den Revolver zog und den Angreifer anschoß. Die Schifferbörse von Amsterdam bleibt vorläufig geschlossen.

Amerika beharrt auf großen Linien Schiffen

Washington, 20. Februar. Wie aus Kreisen des Staatsdepartements verlautet, ist die Haltung der amerikanischen Regierung durch den französischen Schritt in Washington in der Linien Schiffrage nicht beeinflusst worden.

Gebörden

Ansbach: Johannes Walz, Prediger, 88 J. a. Beerdingung in Ebbhausen. Freudenstadt: Regine Rothfuß geb. Klaisle, 77 J. a. Baiersbrunn-Dorf: Maria Jüste geb. Finkbeiner, 70 Jahre alt.

Druck und Verlag: B. Kieker'sche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptgeschäft: Ludwig Lauf. Anzeigenliste: Gustav Wohallch, alle in Altensteig. D. A.: 1. 38: 2150. Jzt. Preis: 3 gältig.

zueingstanz Saalbau „Traube“, Ebbhausen Sonntag, 23. Februar 1936 ab 13 Uhr 62 Uhr ab 19 Uhr 37, bis 21 Uhr ungetrad. Kappabend mit großem humoristischem Lotteriantennprogramm anschließend wieder Tanz. Alles kommt! Kostüme erwünscht. Kempf z. Traube, Musikkapelle Maier, Musikverein Ebbhausen

Hoistett. Am Sonntag, den 23. Februar findet im Gasthaus zur „Krone“ ab 2 Uhr eine Tanzunterhaltung statt Kappen-Abend Von 8 Uhr ab woza freundlichst einladet Kapelle Stockinger.

Zur Dekoration für Beconhaltungen empfehlen wir: Sirlanden in schöner Auswahl Lampen Luftschlangen die Buchhandlung Lank, Altensteig.

In ein evang. Pfarrhaus nach Stuttgart wird ein tüchtiges, selbständig arbeitendes Mädchen auf 1. März gesucht. Auskunft in der Geschäftsstelle des Blattes.

Dein täglicher Kaffee: KAISER'S KAFFEE

Grünen Baum Lichtspiele Liane Haid Victor Kowa Das Schloss im Süden mit Paul Kemp Nur Sonntag nachmittag 4.30 und abends 8.30 Uhr

Gesangbücher für Konfirmanden in großer, gediegener Auswahl sowie hübsche Gesangbüchlein empfiehlt die Buchhandlung Lank, Altensteig

Arterienverkalkung hohen Blutdruck, Rheuma, Gicht, Magen- Darmstörung, Nieren-, Blasenleiden, vorzeitige Alterserscheinungen, Stoffwechselbeschwerden beugen Sie vor durch: Knoblauch-Beeren „Immer Jünger“ Oeschmad- und geruchlos! Markenpatent M. 1.- Ze haben! Th. Schiler, Apotheke Drogerie Fritz Schlumberger

Gesucht werden RM. 5000-6000 zu 4 1/2 % Zins, auch in klein. Beträgen, von pünktlich. Zins- und Abzahler. Nähere Auskunft für Interessenten durch die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein tüchtiger Fernfahrer-Chauffeur wird gesucht von Harr, Simmersfeld.

Neuweiler. Große Hunde- und Lauben- Börse am Sonntag, den 23. Februar im Gasthaus zum „Abler“ Eine mittelalte Schaff-Kuh samt Kalb sowie ein 1 1/2 jähriges Einsteleind verkauft preiswert Friedrich Joos, Spielberg

Die Schutzhütte bietet dem Winterportler Zuflucht u. Sicherheit. Vergessen Sie aber beim Sport nicht die echten „Kaiser's Brust-Caramellen“ in der Tasche mitzuführen. Sie schützen damit die Schleimhäute Ihrer Atmungsorgane vor Erkältungen.

Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen Zu haben bei: Apotheke Th. Schiler; Löwen-Drogerie Oskar Müller; Schwarzwalddrogerie Fritz Schlumberger; Christian Burghard jr.; Lorenz Luz jr. Inh. E. Beck; A. Wustler Nachf. Fr. Eshard. Egenhausen; Chr. Veittharz Kaltenbachs Nachf. Alfred Kuchler. Pfalzgrafenweiler; Apotheke Carl Kettich; Friedrich Jung; Gottfried Schilling. Waldorf; Georg Volz; Simmersfeld; Jakob Hansemann u. wo Diakone hinhör.

Freundliches möbl. Zimmer sofort zu vermieten. Heinrich Reuter, Altensteig Hohenbergstr. 513.

Butterpergamentpapier empfiehlt die Buchhandlung Lank Altensteig